Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 271. Donnerstag, 20. November 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschland und die Enthüllungen über Poincaré.

BPD. Berlin. Die Enthüllungen der französischen Linkspresse über die Rolle, die Poincaré vor dem Ausbruch des Weltkrieges gespielt hat, haben in den Berliner politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Obwohl in Deutschland an sich allgemein die Tatsache bekannt ist, daß sich über die hervorragende **Verantwortung Poincarés für den Ausbruch des Krieges authentisches Dokumentmaterial** in den von der russischen Sowjetregierung beschlagnahmten Geheimarchiven der früheren russischen Zarenregierung befindet, ist man doch außerordentlich überrascht über die Tatsache, daß nunmehr sogar in Frankreich mit dem Belastungsmaterial gegen Poincaré offen hervorgetreten wird. Nicht weniger interessant sind Dementis, die von den Anhängern Poincarés erlassen werden, und die sich auf nebensächliche Dinge berufen. Man erblickt hierin den Beweis dafür, daß die bisher in Frankreich vertretene These von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege erheblich ins Wanken geraten ist und daß auch die eifrigsten Bemühungen, die Enthüllungen der Linkspresse zu entkräften, keinen ausschlaggebenden Erfolg haben werden. Mit großer Spannung erwartet man eine Stellungnahme der französischen Regierung Herriot, die höchstwahrscheinlich unausbleiblich sein dürfte, da die Gegner Herriots die Behauptung aufgestellt haben, daß der französische Ministerpräsident den Enthüllungen über seinen Todfeind Poincaré nicht fernstehen könne.

In den Berliner Regierungskreisen beabsichtigt man keineswegs, im gegenwärtigen Stadium der Dinge mit irgendeiner Erklärung über die Kriegsschuldfrage hervorzutreten. Obwohl die deutschnationale Presse von der Reichsregierung stürmisch verlangt, daß sie nunmehr den Anlaß benutze, um mit der bisher unterbliebenen Notifizierung der Kriegsschulderklärung hervorzutreten, stellt man sich auf den Standpunkt, daß ein solcher Schritt vollkommen verfehlt wäre, und für Deutschland mehr denn je die Notwendigkeit besteht, eine abwartende Haltung einzunehmen. In Deutschland könne man es nur begrüßen, wenn jetzt auch in Frankreich diejenigen Männer offen hervortreten, die den ersten Willen haben, die wahren Ursachen des Krieges zu erforschen und sie der Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Ein Eingreifen Deutschlands könnte nur zur Folge haben, daß diese Männer mundtot gemacht werden. Im übrigen verweist man auf die Tatsache, daß das von der französischen Linkspresse veröffentlichte Material außerordentlich wichtig ist und einer rein objektiven Nachprüfung bedarf. Da die deutsche Regierung den Wunsch hat, daß das Problem der Kriegsschuldfrage leidenschaftslos und ohne Geltendmachung politischer Prestigefragen zur Erörterung gelangt, wünscht sie keineswegs den Eindruck hervorzurufen, als wünsche sie sich dieses Material der französischen Linkspresse zu bedienen. In Deutschland verfügt man auf Grund der Veröffentlichungen der Sowjetregierung über ein außerordentlich umfangreiches Dokumentmaterial, das, wie allgemein bekannt sein dürfte, bereits in allen deutschen Blättern auszugsweise veröffentlicht worden ist. Es wird Sache der berufenen internationalen Instanzen sein, zu einer späteren Zeit in eine objektive Würdigung dieser Tatsachen über die Schuld am Kriege einzutreten. In den Kreisen, die dem Minister Dr. Stresemann nahestehen, ist man daher der Meinung, daß irgendwelche voreilige deutsche Erklärungen nicht zu dem Ziele führen könnten, die Frage der Kriegsschuld aus dem Bereich des politischen Streites herauszubringen.

Erregte Szenen im bayrischen Landtag.

)(München. Das Plenum des bayerischen Landtages begann gestern vormittag die Aussprache zum **Etat des Ministeriums des Äußern.** Abg. **Probst** (Bayer. Volkspt.) trat für die Beibehaltung dieses Ministeriums als Ausdruck der Staatspersönlichkeit Bayerns ein, ferner für die Notwendigkeit der Erhaltung innerdeutscher Gesandtschaften. Auch die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan müsse aufrechterhalten bleiben. Redner wünschte weiter, daß der landsmännische Charakter der Reichswehr in Bayern aufrechterhalten bleibe. **Die beabsichtigte Verlegung der Infanterieschule nach Dresden sollte unterbleiben.** Den Etat des Äußern werde seine Partei genehmigen, schon als Ausdruck des ungeschmälerten Vertrauens zum Ministerpräsidenten. Abg. **Dill** (Soz.) erklärte namens seiner Partei, daß diese gegen die Gesandtschaften in Stuttgart und beim Vatikan stimmen werde. Aus politischen Gründen lehne seine Partei auch das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Der Redner betonte, daß in einem Wahlaufruf der Bayerischen Volkspartei vom Jahre 1920 die innerdeutschen Gesandtschaften als Luxus hingestellt worden seien. Dill wandte sich dann gegen die Bemerkungen des Ministerpräsidenten Dr. **Held** in Tuntenhausen und erklärte, daß die Sozialdemokraten den Staat und die Republik jederzeit mit Zähnen und Nägeln verteidigen würden. Er kritisierte schließlich scharf die Vorgänge beim Hitlerprozeß und das ganze Justizverfahren. Im weiteren Verlauf der Debatte zog sich der kommunistische Abg. **Schlaffer** einen Ordnungsruf zu. Der Abg. **Bauer** (Dtn.) betonte, daß seine Partei in die Regierung eintreten werde, um den Kampf gegen das Dawesgutachten aufzunehmen. Dem Etat des Ministeriums des Äußern stimme seine Partei zu.

Im weiteren Verlaufe der Etatsberatungen im bayerischen Landtag **kam es zu erregten Szenen** während der Rede des völkischen Abg. **Buttmann**, als dieser, gegen den Ministerpräsidenten gewendet, es als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnete, daß Adolf Hitler noch in Landsberg schmachte. Von den Bänken der Völkischen wurden beleidigende Zurufe gegen den Ministerpräsidenten gerichtet; der völkische Abg. **Strasser** rief dem Ministerpräsidenten wiederholt zu: „Pfui über diese Klassenjustiz!“, völkische Abgeordnete stimmten im Chore ein. In der Zwischenzeit kam es zu **lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und dem Völkischen Block**, die in einen wirren Lärm ausarteten. Ein völkischer Abgeordneter rief im weiteren Verlaufe, zum Regierungstisch gewendet: **„Bayern wird von einer Saubande regiert!“** Präsident Königbauer konnte sich im Hause kein Gehör verschaffen. **Der Ministerpräsident verließ schließlich den Saal; ihm folgte Präsident Königbauer.** Die Sitzung war damit unterbrochen.

Nachträglich konnte festgestellt werden, daß es der **völkische Abgeordnete Strasser** war, der zum Regierungstisch gewendet, gerufen hatte: „Bayern wird von einer Saubande regiert!“, worauf der Ministerpräsident den Saal verlassen hatte.

Um 12,40 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident **Königbauer** wandte sich an das Haus mit der Erklärung, daß ein so schmähliches Vorkommnis, wie es sich eben ereignet habe, im Landtage noch nicht dagewesen sei. Der Präsident erklärte, daß der völkische Abgeordnete derartig beleidigende und ungezogene Aeußerungen gegen die Staatsregierung und den Ministerpräsidenten gerichtet habe, daß ein Ordnungsruf nicht mehr in Frage kommen könnte, und daß er den **Abgeordneten Strasser** auf Grund der Geschäftsordnung wegen gröblicher Störung für den Rest der heutigen Sitzung **ausschließe**, auf die Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, erhob sich der Abgeordnete Strasser und rief dem Präsidenten zu: „Der Schrei nach Gerechtigkeit wird damit nicht unterbunden werden.“ Darauf verließ er unter Heilrufen den Sitzungssaal.

In Abwesenheit des Ministerpräsidenten und der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei setzte hierauf der völkische Abgeordnete **Buttmann** seine Rede fort, wobei er erklärte, daß die Völkischen das **Gehalt des Ministerpräsidenten ablehnen**, um damit zu zeigen, daß sie in der **schärfsten Kampfstellung** gegen ihn ständen.

)(München. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags wählte anstelle des von dem Posten des Vorsitzenden zurückgetretenen Abgeordneten Strasser den völkischen Abgeordneten **Dörfler** zum Vorsitzenden.

Das Ministerium Held bleibt.

)(München. Zu den in einzelnen Blättern erscheinenden Gerüchten, daß das **Ministerium Held vor dem Sturze** stehe, schreibt heute die Münchener Zeitung u. a., daß man **bei solchen Mitteilungen nur lächeln könne**; es handele sich dabei um nichts anderes, als um eine Wahlmache.

Aegyptisches Bombenattentat gegen einen englischen General.

Kairo, 19. November. Gegen den Sirdar der ägyptischen Armee, den höchsten britischen Offizier in Aegypten, **General Sir Lee Stack**, wurden heute, als er das Kriegsministerium verließ, **zwei Bomben geschleudert**, von denen die eine explodierte. **Sir Stack wurde schwer verwundet.** Die Attentäter sind entkommen. Sie hatten erst eine Bombe geworfen, die nicht explodierte, und dann mehrere Revolverschüsse abgegeben, die Sir Stack, seinen Adjutanten, Chauffeur und einen Polizisten verwundeten. Sir Stack ist in das Hospital eingeliefert worden. Die Attentäter werden auf zwei oder drei Personen geschätzt.

* Kairo. Zu dem Attentat auf Sir Lee Stack wird weiter bekannt, daß sich die Täter in einem Torwege verborgen hatten. Als sie sahen, daß die von ihnen geschleuderte Bombe nicht explodierte, folgten sie dem Auto Sir Lee Stacks in einem Auto und feuerten einige Revolverschüsse ab. Dann bestiegen sie eine in der Seitenstraße haltende Droschke und fuhren schnell davon. Der Adjutant des englischen Militärbefehlshabers, Hauptmann Campbell, wurde in die Brust und sein Chauffeur in Arm und Bein getroffen. Der Polizist, der die Attentäter verfolgte, wurde durch drei Kugeln schwer verwundet, die Polizei glaubt, die Nummer des Autos zu kennen. Zaglul-Pascha, die Minister und eine Deputation der Kammer sprachen bei der Botschaft vor und drückten ihren Abscheu und ihr Bedauern über die Bluttat aus.

London. (Funkspruch.) Zu dem Attentat auf den Sirdar in Kairo schreibt Daily News, **der Ernst der Lage, die es schaffe, sei klar.** Es sei unmöglich, den Anschlag vorläufig anders auszulegen, als einen Versuch der ägyptischen Extremisten, Rache zu nehmen für die Weigerung Englands, eine ägyptische Besetzung des Sudan zu gestatten. — Daily Telegr. sieht den Anschlag als ein **Zeichen der Unfähigkeit des bestehenden Regimes** in Aegypten an, mit den Extremisten fertig zu werden. Dieser Zwischenfall habe vollauf jeden Protest gerechtfertigt, der gegen das Zugeständnis irgendwelcher weiterer Vollmachten an Aegypten erhoben worden sei. — Daily Mail berichtet, **daß sich das Kabinett** gestern mit der Lage in Aegypten und mit der zukünftigen ägyptischen Politik befaßte. In gutunterrichteten Kreisen sei erklärt worden, die Regierung beabsichtige, energisch zu verfahren, wenn notwendig, würden vielleicht Personalveränderungen zur Durchführung dieser Politik vorgenommen werden.

London. (Funkspruch.) In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, das in Kairo begangene Verbrechen sei zweifellos ein politisches. Weder die Regierung noch die Volksvertretung Aegyptens noch Zaglul Pascha selbst könnten von der moralischen Verantwortung dafür freigesprochen werden. Eine sofortige energische Aktion sei notwendig. Im „Daily Expreß“ heißt es, die Deklaration vom Jahre 1922 müßte sofort aufgehoben werden. England müsse seine Aktionsfreiheit wieder erhalten. Der Traum von einem unabhängigen Aegypten sei vorbei.

Vor der Räumung der Kölner Zone.

London. Daily Mail berichtet, vorausgesetzt, Deutschland könne die Alliierten überzeugen, daß es seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe, so würden die **britischen Truppen vielleicht gegen Ende Januar aus Köln zurückgezogen** werden. Die Frage der Räumung der Kölner Zone werde Anfang Januar erwogen werden. — Der diplomatische Berichterstatter des Daily Herald schreibt, wie angenommen werde, sei man in Downing Street der Meinung, daß die **Kölner Zone am 10. Januar geräumt** werden müsse, während man am Quai d'Orsay der Ansicht zuneige, daß die Besetzungsperiode erst begann, als Deutschland anfing, den Versailler Vertrag zu erfüllen, das sei letzten Sommer. Diese Frage werde in wenigen Wochen entschieden werden müssen. Die Vernunft sage einem, daß die britische Auslegung das allgemeine Werk der Befriedigung fördere, die französische dagegen es behindere.

London. (Funkspruch.) Dem diplomatischen Berichterstatter **des Daily Telegraph zufolge** ist es wahrscheinlich, daß der Beschluß über die Räumung der Kölner Zone vor Mitte Dezember gefaßt werden könne. Es werde jedoch gehofft, daß ein Kompromiß vereinbart werden könne, demzufolge die Besetzung bis zum Zeitpunkt der Räumung des Ruhrgebiets durch die französischen und belgischen Streitkräfte verlängert werden würde.

Das Aufwertungsproblem.

In einer von der Deutschen Liga für Menschenrechte einberufenen Versammlung entwickelte Kammergerichtsrat Sölling ein **Programm zur Lösung des Aufwertungsproblems**, das nach seinem Vorschlag von den republikanischen Parteien, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Aufwertungsplänen der Parteien der Rechten vertreten werden soll. Eine Aufwertung der **Reichs- und Kriegsanleihen** hielt der Redner für undurchführbar und auch rechtlich nicht begründet. Bei den Kriegsanleihen sei das Volk gleichzeitig Gläubiger und Schuldner. Ihre Aufwertung würde eine unerträgliche Neubelastung der Gesamtheit erfordern. Die Kriegsanleihezeichner hätten auch von vornherein damit rechnen müssen, daß bei einem Verlust des Krieges das Reich zur Rückzahlung außerstande sei. Hier habe es sich eben um materielle Opfer für die Kriegsführung gehandelt, die nicht einmal im Vergleich gestellt werden könnten mit den weit schwereren Opfern an Leben, Gesundheit und Existenz, die andere Volksgenossen gebracht hätten. Für nachweislich bedürftige Kriegsanleihezeichner empfahl der Redner jedoch eine soziale Aufwertung in der Weise, daß von dem Zeichnungsbetrag die ersten 10 000 Mk. mit 5 Prozent, die zweiten 10 000 mit 3 Prozent, die dritten und letzten 10 000 mit 2 Prozent verzinst werden. Damit müßte jedoch die Verzinsung abgeschlossen sein. In besonderen Fällen könnte ähnlich wie die Kapitalisierung der Renten von Kriegsbeschädigten und unter den gleichen Kautelen eine Rückzahlung der Anleihe bis zur Höhe von 10 bis 15 000 Mk. bewilligt werden.

Die **Forderungen an Privatschuldner** müßten anders behandelt werden. Hier sei grundsätzlich der Rechtsanspruch gegeben auf Rückzahlung des vollen Goldwertes, den der Schuldbetrag zu der Zeit hatte, als der Schuldner die Schuld einging. Die Unfähigkeit des Reiches zur Rückzahlung seiner Inlandsschulden gebe noch nicht den Privatschuldnern das Recht, nun auch ihrerseits die Rückzahlung zu verweigern. Eine Ausnahme von der Aufwertung müsse nur bei den Hypotheken der Hausgrundstücke gemacht werden, weil hier die Gefahr einer allgemeinen Steigerung der Mieten vermieden werden müsse. Bei den landwirtschaftlichen Hypotheken und Industrieobligationen sei jedoch unter grundsätzlicher Anerkennung des Rechtsanspruchs auf volle Aufwertung praktisch nach der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts zu verfahren, daß die Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner abzuwägen sind und ein billiger Ausgleich stattzufinden hat. Dieses Verfahren, das sich in Polen bewährt hat, sei weit zweckmäßiger als die in der dritten Steuernotverordnung gegebene starre Begrenzung auf 15 Prozent. Bei kommunalen Anleihen und Sparkassenguthaben müßte beim Vorhandensein einer Deckung ebenso verfahren werden, wie bei den Forderungen an Privatschuldner. Beim Fehlen einer Deckung wäre die soziale Aufwertung in ähnlicher Weise wie bei den Kriegsanleihen am Platze.

Kabinettskrise in Portugal.

Paris. Nach einer Meldung aus Lissabon ist **das portugiesische Kabinett** gestern mit 43 gegen 46 Stimmen **in die Minderheit** versetzt worden. **Es reichte** nach Beendigung der Sitzung **seinen Rücktritt** ein.